

Vorwärts zu den 99,5 Prozent!

Aber — was kommt nach diesen „Wahlen“?

Noch einmal begeben sich Partei- und Regierungsfunktionäre aus ihren Ostberliner Büros in die Provinz, um den „Wahlkampf“ ihrer örtlichen Organe zu unterstützen. Es ist eine Schaustellung für den Westen, denn in der Zone ist an dem Wahlergebnis schon nichts mehr zu ändern. Man will sich nur rechtzeitig ein Gesicht schaffen für die an diesem Wochenende fälligen 99,5 Prozent. Niemand wird die Summe Geldes erfahren, die dieser Wahlkampf gekostet hat. Niemand wird die Zehntausende Tonnen Papier zählen, die nach dem 23. Juni zusammengefeget werden müssen. Aber jeder wird Zeuge dessen sein, was nach diesen „Wahlen“ geschieht, und sich aller Beteuerungen und guten Worte erinnern, die in diesen Wochen gedruckt und ausgesprochen worden sind.

Der Staatskommissar für Versorgung, Fred Oelßner, hat dem Einzelhandel freie Entfaltung für die Zukunft zugesichert. Die NPD hat dem Handwerk auch in der Sowjetzone „goldenen Boden“ versprochen. Politbüromitglied Mückenberger hat den selbständigen Bauern erklärt, man werde sie niemals zwangsweise in die Kollektiven holen. Wehrminister Stoph hat seinen Soldaten das Recht zugestanden, gegen jede neue Form eines Militarismus aufzubegehren. Ulbricht aber hat der gesamten Zonenbevölkerung erklärt, er werde eine Politik der Wiedervereinigung und Verständigung betreiben.

Viele dieser Äußerungen sind schon wieder „Wahlgeschichte“ geworden. Ulbricht würde sich hüten, sein diesbezügliches Rundfunk- und Fernsehinterview noch einmal zu wiederholen oder gar zu präzisieren. Stoph würde den Soldaten vor ein Kriegsgericht bringen, der gegen den unmenschlichen und entwürdigenden Moskauer Drill in den Kasernen der „Nationalen Volksarmee“ aufgebehrte. Mückenberger schweigt zu der seit wenigen Tagen angelaufenen Anti-Großbauernkampagne,

die sich — da es ja in der Zone gar keine „Großbauern“ mehr gibt — eindeutig gegen die noch privat wirtschaftenden Landwirte richtet.

Nicht eines der tausend Wahlversprechen der SED kann gehalten werden, weil sich diese samt und sonders überhaupt nicht mit dem „Aufbau des Sozialismus“ vereinbaren lassen! Die SED hat eindeutig erklärt, daß sie nach dieser „Wahl“ in verstärktem Maße den „Aufbau des Sozialismus“ betreiben werde. Diesen aber gibt es nicht mit einer sich frei entfaltenden Privatwirtschaft, auch wenn diese noch so klein gehalten ist. Es gibt keinen kommunistischen „Sozialismus“ ohne Totalkollektivierung auf dem Lande, und es gibt von östlicher Seite aus kein vernünftiges Wort zur Wiedervereinigung, solange ein Ulbricht für die Politik der Zonenregierung verantwortlich zeichnet. Soll man darum aber alles, was in diesen Wochen gesagt wurde, „vergeben und vergessen“? Hebt vielmehr jeden Wahlzettel, jedes Flugblatt auf, um es den SED-Funktionären morgen zu präsentieren! Denn — was wird morgen sein?

Ulbricht und die SED wollen nur „freie Hand“ haben, um ihr Programm vom „Aufbau des Sozialismus“ weiterführen zu können. Die kommende „Wahl“ soll ihnen diese geben. Noch ehe der Winter herankommt, wird die SED alle jetzt gegebenen Zusagen zurückgezogen haben. Ulbricht möchte in phantastischer Verblendung auch heute noch mit der Bundesrepublik in den Konkurrenzkampf treten. Und er packt diesen wahn sinnigen Plan wieder an der Stelle an, wo er bereits zweimal — im Juni 1953 und im Oktober 1956 — scheiterte: Überforderte Wirtschaftspläne auf Kosten der Lebenshaltung der Bevölkerung! Export zu Schleuderpreisen statt Verbesserung der Konsumgüterlage! Aufrüstung statt Abbau der aus der Spaltung resultierenden Spannungen! Kirchen- und Intelligenzkampf statt Liberalisierung! So gibt es inzwischen keine Gesellschaftsschicht mehr, die Ulbrichts Katastrophopolitik unterstützt: Weder die Arbeiter noch die Intelligenzler, weder die Mittelschichten noch die Jugend. Nur die Funktionäre stehen hinter Ulbricht, und auch diese sind bereit, in der ersten langsamen Kurve abzuspringen.

Dieses Regime wird am kommenden Sonntag „gewählt“. Das Furchtbare besteht darin, daß jeder gezwungen ist, seinen Verderbern an die „Wahlurne“ zu folgen. Mache sich niemand einen Skrupel daraus: Jeder Mensch im Westen weiß, wie dieses Wahlergebnis aussehen muß und wird! Wählt — wenn es geht — 100 Prozent! Aber nach der Wahl — seid auf der Hut!

J. B. Gradl:

Ein Tag wie kein anderer

Es fällt schwer, zum 17. Juni die rechten Worte zu suchen. Ist denn nicht alles schon gedacht, gesagt und geschrieben worden, was Deutsche an diesem Tage empfinden müssen? Dieser 17. Juni kehrt bereits zum vierten Male wieder! Um so mehr bedrängt die Frage nach dem Sinn der Blutopfer, die um den 17. Juni 1953 in Ostberlin und an hundert anderen Orten zwischen Ostsee und Erzgebirge, zwischen Werra und Neißة gebracht worden sind, gebracht aus der Sehnsucht nach Einheit und Freiheit. Das eben ist der Schatten über diesem Tag, daß auch der leidenschaftlichste, unter Einsatz selbst des Lebens erhobene Protest nicht vermocht hat, der kommunistischen Diktatur ein Ende zu machen. Dieser Schatten ist für unser Empfinden sogar noch schwärzer geworden; wir und die Welt mußten inzwischen in Ungarn sehen, daß auch jetzt noch die Gewalt mehr Erfolg zu haben scheint als die vielberufenen Grundrechte der Menschen und Völker.

Wenn wir dem Geschehen des 17. Juni auch nur bescheiden gerecht werden wollen, dann müssen wir uns die Not vor Augen stellen, die diesen Tag vor vier Jahren hat werden lassen und die noch immer besteht. Die Not jener Millionen Deutschen, die ja herein, jahraus — jetzt schon im dreizehnten Jahr — unter volksfremder Gewalt ein Leben voll materiellen und seelischen Leides führen müssen. Gibt es ein deutlicheres Zeichen dieser Not, als daß seit dem 17. Juni 1953 weiterhin Hunderttausende — über 900 000 in diesen vier Jahren — in das Bundesgebiet und nach Westberlin geflohen sind? Was immer den einzelnen Flüchtling auch bewegt haben mag, im ganzen ist dieser Strom von Menschen erschütternd.

Kein Wunder, daß sich die Frage aufdrängt: Die sichtbaren Opfer des 17. Juni 1953 und die in den Lagern und Gefängnissen verborgenen Opfer der Jahre davor und danach,

waren diese Opfer vielleicht umsonst? Ist vielleicht der stille, zähe, gefährliche, an den Nerven zehrende Widerstand umsonst, der unentwegt in der sowjetischen Besatzungszone in den Familien, in den Hausgemeinschaften, in den Schulen und Universitäten, in den kirchlichen Gemeinschaften geleistet wird? An keinem Tage lasten diese Fragen so wie an diesem. Selbst Worte wie Einheit, Freiheit, Wiedervereinigung kommen einem an solchem Gedenktage abgegriffen vor. Dieser Tag läßt auch nicht ausweichen in noch so gescheite politische Analysen und Spekulationen. Dieser Tag ist eben kein Tag wie jeder andere, sein rotes Datum ist mit deutschem Blut geschrieben.

Kommunistische Existenzangst

Dennoch, die Opfer waren und sind nicht umsonst. Das kommunistische Regime ist zwar geblieben. Aber es hat einen Schock erlitten, und von diesem Schock hat es sich bis heute nicht erholt. Der Aufbau der Kampfgruppen, die Bürgerkriegsübungen auf offener Straße, das Paradieren mit militärischen Formationen, der Druck auf die Kirchen, die Abschneidung des Reiseverkehrs — das alles ist doch nichts anderes als die Ausgeburt der Angst des Regimes. Natürlich geben sich die Machthaber in ihrem Reden und Auftreten selbstsicher. Aber sie können nicht einmal den ideologischen Kampf im Innern der eigenen Partei verhindern. Dieser Kampf geht nicht um den Kommunismus an sich, er geht nur darum, wie die kommunistische Regierungspraxis geändert werden sollte, um besseren Anklang zu finden — und gerade dadurch beweisen die innerparteilichen Auseinandersetzungen ihre Herkunft aus der kommunistischen Existenzangst in Mitteldeutschland. Fast noch deutlicher erscheint die innere Unsicherheit der Gruppe Ulbricht in dem Bemühen, sich durch einen Besuch der bis vor kurzem noch verketzerten Polen in Pankow ein besseres Leumundszeugnis zu verschaffen.

Doch die Wirkung des Aufbegehrens und Widerstehens geht weit über Pankows Bereich hinaus. Der 17. Juni 1953

ist ja nicht allein geblieben. Davor stand schon der Widerstand Berlins, und danach kam der Aufstand in Posen, die Erhebung in Polen und der Freiheitskampf in Ungarn. Alle diese Ereignisse gehören innerlich zusammen, sie sind Zeichen dafür, daß der Macht Grenzen gesetzt sind, daß Macht über Nacht ein Ende haben kann, auch wenn sie sich zunächst behauptet. Diese Ereignisse sind zugleich Bankrotterklärungen für eine Ideologie, die behauptete, den Menschen das Glück auf Erden zu bringen. Gibt es eine tiefere Niederlage vor der Geschichte als die jener verblendeten kommunistischen Ideologen, die sich mit Panzern und Maschinengewehren gerade auch vor der Arbeiterschaft schützen mußten? Es sind eben doch mehr Dinge, die die Menschen bewegen, als nur Klassenhaß und Klassenkampf — es gibt noch Dinge wie nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, wie Freiheit und Menschenrechte, wie das ganz einfache Verlangen, nach eigener Art zu leben.

Alles das greift an die Wurzel der kommunistischen Macht. Wohin es führt, wissen wir nicht. Mag sein, daß die Geschichte wieder einmal einen Sprung macht; mag sein, daß sich tiefe Veränderungen allmählich entwickeln. Die bedrückend-gigantische Einheit von Macht und Ideologie in dem Riesenraum zwischen Elbe und Gelbem Meer ist noch immer stark und gefährlich, darüber darf man sich nicht täuschen. Aber sie ist rissig geworden. Der Krenzl tut noch immer selbstsicher, aber überall sucht er nach neuen Wegen, in der Ideologie, in der Politik und in der Administration, in der Wirtschaft und in den kulturellen Sphären. Mit intellektuellen Auseinandersetzungen, politischen Reden und diplomatischen Noten wäre niemals diese Bewegung erreicht worden, sie ist Wirkung und Erfolg der harten Lehren, die in Berlin und Mitteldeutschland, in Polen und Ungarn vom Volk der kommunistischen Führung erteilt worden sind. Es ist die große Chance der internationalen Politik, die über den Kommunismus gekommene Un-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Botschafter Haas bei Gromyko

Keine Einigung über Tagesordnung der Verhandlungen

Moskau (DPA). Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. Haas, und Gesandter Dr. Northe haben dem sowjetischen Außenminister Gromyko den Standpunkt der Bundesregierung zu den bevorstehenden deutsch-sowjetischen Verhandlungen dargelegt.

Die Unterredung war notwendig geworden, nachdem zwischen beiden Regierungen Meinungsverschiedenheiten über die Tagesordnung der Verhandlungen aufgetreten waren. Die letzte deutsche Note hatte eine ausdrückliche Zusicherung der Sowjetunion verlangt, daß bei den Verhandlungen auf jeden Fall auch das Problem der Repatriierung Deutscher aus der Sowjetunion erörtert wird. Eine Äußerung des stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Mikojan vor wenigen Tagen ließ aber vermuten, daß nach sowjetischer Ansicht die Tagesordnung bereits in der sowjetischen Note vom 23. Mai geklärt sei. Da auch in der Unterredung zwischen Haas und Gromyko die beiderseitigen Standpunkte nicht vollkommen

Vier Fragen an die Sowjetregierung

Macmillan fordert Stellungnahme zur Deutschland-Frage

London (AP/DPA). Der britische Premierminister Macmillan hat den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin zu einer klaren Stellungnahme in der Frage der deutschen Einheit aufgefordert und betont, daß die Lösung des Deutschland-Problems der beste Weg für eine allgemeine Verständigung zwischen Ost und West wäre. Solange die Sowjetunion den Deutschen nicht das elementare Recht der Selbstbestimmung zugesteht, bestünden wenig Aussichten für eine befriedigende Regelung der zwischen Ost und West bestehenden Probleme.

Alle westlichen Vorschläge für die europäische Sicherheit basierten auf der Wiedervereinigung Deutschlands unter einer gesamtdeutschen Regierung, die frei gewählt ist und ihre Politik frei bestimmen kann.

In einem Schreiben, das die Antwort auf eine Botschaft Bulganins vom 20. April darstellt, richtete Macmillan an Bulganin folgende vier Fragen zum Deutschlandproblem:

1. Erkennt die Sowjetregierung auch weiterhin ihre Verantwortlichkeit für die Wiedervereinigung Deutschlands an, wie sie von den vier Regierungschefs im Juli 1955 in Genf in den Direktiven an ihre Außenminister niedergelegt wurde?

2. Teilt die Sowjetregierung

die Ansicht, daß es wünschenswert ist, die Wiedervereinigung Deutschlands bei der frühestmöglichen Gelegenheit herbeizuführen?

3. Teilt die Sowjetregierung die Ansicht, daß dem deutschen Volk gestattet werden sollte, in freien gesamtdeutschen Wahlen frei seine eigene Regierung zu wählen?

4. Erkennt die Sowjetregierung das Recht einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung an, nach freiem Ermessen über die deutsche Innen- und Außenpolitik zu bestimmen?

Den sowjetischen Vorschlag eines europäischen Sicherheitspaktes, der auf der ständigen Teilung Deutschlands beruhen würde, bezeichnete Macmillan als unannehmbar.

Arbeiter feiern Gomulka

Ovationen wie nie zuvor

Berlin (Eigenmeldung/AP). Der kommunistische Parteiführer Polens, Gomulka, wurde am Mittwoch bei seiner Besichtigungsfahrt in die Sowjetzone von den Belegschaften der dort von ihm besuchten Werke mit lebhafter Herzlichkeit gefeiert. Die Beifallskundgebungen überschritten bei weitem das Maß, das jemals bei Besuchen von SED-Funktionären beobachtet wurde. Im Schwermaschinenwerk Lauchhammer unterstrich der 52jährige polnische Politiker erneut, daß sein Land gute Beziehungen zum gesamten deutschen Volk wünsche und eine Beendigung der Spaltung Europas anstrebe.

Gefängnis für Funkagenten

Karlsruhe (DPA). Wegen landesverräterischer Beziehungen

hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe den 49 Jahre alten Karlsruher Schreiner Alois Mißberger zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Sein 27jähriger Sohn Edwin erhielt wegen des gleichen Deliktes und versuchter Erpressung unter Einbeziehung einer dreimonatigen Gefängnisstrafe in anderer Sache ebenfalls drei Jahre Gefängnis. Außerdem werden 6000 DM von ihnen eingezogen. Vater und Sohn hatten gestanden, mehrere Jahre lang gemeinsam für den sowjetischen Nachrichtendienst Informationen über die amerikanischen und französischen Streitkräfte, die deutsche Bereitschaftspolizei sowie über Wirtschafts- und Verkehrsbetriebe im Raum Karlsruhe gesammelt und zum Teil über Funk weitergegeben zu haben.

Bekennnis zu Dibelius

Einmütigkeit beim Kurmärkischen Kirchentag

Berlin (Eigenmeldung). Der Kurmärkische Kirchentag in Potsdam endete mit einem Bekenntnis zu Bischof Dibelius, der durch das Einreiseverbot der Pankower Behörden daran gehindert worden war, wie üblich die Festpredigt des Kirchentreffens zu halten. Statt dessen hat Dibelius an den Kirchentag ein Schreiben gerichtet, das vom Generalsuperintendenten Braun verlesen wurde.

Unter Hinweis auf die Verweigerung des Passierscheines heißt es darin, solche folgen-schweren Eingriffe in das innere Leben der Kirche, „wie sie die evangelische Kirche auch schon in der nationalsozialistischen Zeit hat erfahren müssen, haben noch immer zu einer inneren Festigung der Gemeinden geführt“. In den Diskussionen des Kirchentages wandten sich Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter und Gemeindeglieder einmütig gegen die Verunglimpfung ihres Bischofs durch die kommunistische Presse und gegen die Zwangsmaßnahmen der Pankower Behörden.

Ämtliche Kreise der evangelischen Kirche distanzieren sich von dem sogenannten „Wartburg-Treffen“, bei dem nach Meldungen der Sowjetzonenpresse führende Geistliche sich für eine Unterstützung der Einheitsliste der „Nationalen Front“ bei den bevorstehenden

Wahlen in der Sowjetzone eingesetzt haben sollen. Von kirchlicher Seite wurde betont, es habe sich bei diesem Treffen um keine offizielle kirchliche Veranstaltung gehandelt, und die Teilnehmer seien fast ausschließlich sogenannte „fortschrittliche“ Pfarrer gewesen. Ihre Erklärungen können nicht als Stimme der evangelischen Kirche gewertet werden.

Bonn will China-Embargo aufheben

Anpassung an Handelsbestimmungen anderer West-Staaten

Bonn (AP/DPA). Die Bundesrepublik ist nach Mitteilung des Auswärtigen Amtes bereit, sich dem Vorgehen anderer westeuropäischer Staaten und Großbritanniens anzuschließen und die Bestimmungen über den Handelsverkehr mit Rotchina denen über den Handelsverkehr mit anderen Staaten des Ostblocks anzupassen. Die Bundes-

Anklage noch im Juni?

München (DPA). Die Anklage gegen die Stabsoberjäger Julitz und Schäffler wird voraussichtlich noch in diesem Monat erhoben werden. Die Ermittlungen über die Schuldfrage an der Iller-Katastrophe, bei der 15 Luftlandesoldaten ertranken, werden in Kürze abgeschlossen sein.

Der Kemptener Oberstaatsanwalt Dr. Armin Spiegel berichtete der Münchener Generalstaatsanwaltschaft über den Fortgang der Untersuchungen. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen eine Unzahl von Zuschriften erhalten, die sich mit der Schuldfrage befassen. Es werden einige Dutzend Zeugen vernommen werden.

regierung werde aber nicht einseitig vorgehen. Sie sei der Ansicht, daß auch in dieser Frage die westliche Einheit erhalten bleiben müsse.

Die Frage des China-Embargos wird gegenwärtig in Paris von Vertretern der NATO-Staaten und Japans erörtert. Alle Staaten, mit Ausnahme der USA, haben bereits den Wunsch nach einer Lockerung des China-Embargos ausgesprochen. Sie bemühen sich nun, den Widerstand der USA gegen eine Erweiterung des China-Handels zu brechen.

Eisenhower-Botschaft an Adenauer

Haltungen in den politischen Hauptfragen unverändert

Bonn (AP/DPA). Präsident Eisenhower und der amerikanische Außenminister Dulles haben in Botschaften an den Bundeskanzler versichert, daß sich an der Haltung der USA zur Abrüstung und Wiedervereinigung nichts geändert habe. Die Washingtoner Deutschland-Erklärung des amerikanischen Präsidenten und des Bundeskanzlers sei voll gültig.

Die beiden Botschaften wurden nicht im Wortlaut veröffentlicht, doch lassen sie nach Mitteilung unterrichteter deutscher Kreise in Bonn „an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig“. Die Botschaft des Außenministers wird in Bonn mit der Kritik an dem amerikanischen Abrüstungsbeauftragten Stassen in Zusammenhang gebracht, der in London der so-

wjetischen Seite inoffizielle Mitteilungen über die amerikanischen Vorschläge gemacht habe, bevor sie den übrigen NATO-Partnern zur Kenntnis gebracht worden seien.

Schickt Einladungen!

Bonn (AP). Hunderttausende von Briefen, Einladungen und Freundesgaben aus der Bundesrepublik und Westberlin an Studenten und Oberschüler der Sowjetzone und Ostberlins sollen dem Pankower Regime „die einzig mögliche Antwort“ auf das Ausreiseverbot für Studenten und Oberschüler erteilen. Diese Aufforderung richtet das Kuratorium Unteilbares Deutschland am Mittwoch an die Jugend, Eltern und Erzieher in der Bundesrepublik und Westberlin.

Keine Einreise für Dietzfelbinger

München (DPA). Die Sowjetzonenbehörden haben die Einreisegenehmigung für den Bischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Bayerns, D. Hermann Dietzfelbinger, ohne Angabe von Gründen nicht erteilt. Dietzfelbinger war vom Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Mecklenburg eingeladen worden, neben Predigten im Dom von Schwerin Vorträge vor Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche Mecklenburgs zu halten. Er wollte am Mittwoch reisen.

So sind sie wirklich:

„Die Kasse muß aber stimmen...“

Lenin sagte einmal zu jungen bolschewistischen Funktionsnarrsapranten: „Im Anfang könnt ihr viel Unsinn machen, das renkt sich nachher wieder ein. Nur merkt euch, was ihr auch unternimmt: Die Kasse muß aber stimmen...!“ Dieses scherzhaft gemeinte Bonmot war auf jene Altbolschewiki abgezielt, die in den Tagen des „Kriegskommunismus“ Narrenfreiheit besaßen, und denen Lenin lediglich den Zugriff zur Staatskasse entzog. Vielleicht wäre der Sowjetstaat sonst bereits im ersten Jahr bankrott gewesen...

Das erste Kabinett Grotewohl mag daran gedacht haben, als es eine Frau zur Präsidentin der Staatskasse ernannte, die von Intellekt und Moral her sich grundsätzlich von den übrigen kommunistischen Funktionären unterscheidet: Greta Kuckhoff, eine Frau, der man ihre Rolle in der SED oft zum Vorwurf macht. Und deren Lebensweg man kennen muß, um zu verstehen, wie es solche Leute unter Menschen wie Ulbricht und Wollweber hält.

Vom US-College zur „Roten Kapelle“

Greta Lorke, wie sie mit Mädchennamen heißt, wurde am 14. Dezember 1902 in Frankfurt an der Oder als Tochter eines Gießereiarbeiters geboren. Sie durfte die Oberschule und das Volkswirtschaftsstudium an der Universität Berlin absolvieren und promovierte 1927 zur Diplomvolkswirtin, 1928 erhielt sie ein Stipendium der US-Universität Madison (Wisconsin), arbeitete später bei einem Züricher Rechtsanwalt und kehrte während der NS-Zeit nach Deutschland zurück, um am Frankfurter Institut für Sozialwissenschaften zu assistieren.

Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Schriftsteller Adam Kuckhoff, baute sie eine Widerstandsgruppe auf, die später mit anderen Gruppen zur legendär gewordenen sowjetischen

GRETA KUCKHOFF



Spionageorganisation „Rote Kapelle“ zusammenschmolz. Dabei wurde sie 1942 verhaftet und gemeinsam mit Adam Kuckhoff zum Tode verurteilt. Ihr Mann wurde im August 1943 hingerichtet, sie selbst blieb — da sie niemals der KPD angehört hatte — am Leben, Ihre Todesstrafe wurde in zehn Jahre Zuchthaus umgewandelt. Die Sowjets haben sie dann aus Waldheim befreit.

Der „Antifa“-Kult

Vermutlich hätte sich Greta Kuckhoff auch damals noch nicht dem Kommunismus verschrieben, hätten die auf der Suche nach toten — also ideologisch ungefährlichen — Märtyrern befindlichen Kommunisten nicht ihren „Antifa“-Kult auf Adam Kuckhoff ausgedehnt. Die KPD und später die SED versuchten, Adam Kuckhoffs Vergangenheit nachträglich mit ihren politischen Zielen abzustimmen und nahmen Frau Kuckhoff als „Verfolgte“ gegen den „wiederauflebenden Faschismus im Westen“ in Schutz.

Greta Kuckhoff ging in die KPD, später in die SED. Man schenkte ihr einen kleinen Referentenposten in der ersten Berliner Stadtverwaltung zu,

bis die Sowjets diese außerordentlich intelligente Frau Zug um Zug höherschoben. Denn auch die Russen interessierten sich für diese Frau, deren Mann eines ihrer Asse im Spionagekampf gegen Hitler war. Außerdem wollten die Sowjets neben den deutschen Kommunisten auch einige politisch annehmbare Fachleute in der Ostverwaltung wissen. So kam Greta Kuckhoff in die „Deutsche Wirtschaftskommission“ und übernahm von dort aus den Verwaltungsrat der neugegründeten „HO“. Ihrem kaufmännischen Geschick war es zu verdanken, daß die ersten HO-Geschäfte zu einer der Hauptverdienstquellen des SED-Staates wurden.

Ulbricht mißtraute ihr

Allerdings hatte Greta Kuckhoff die HO-Läden nur als Provisorium gedacht, um den „Schwarzen Markt“ auszuschalten. Sie ist eine Gegnerin der Zwei-Preisebenen-Politik Ulbrichts. Dieser mißtraute ihr und schob sie im Oktober 1949 in das neugebildete Außenministerium Dertingers ab. Die Sowjets dirigierten sie von dort um und übertrugen ihr den Präsidentenstuhl der Deutschen Notenbank der Sowjetzone.

Auf diesem Stuhl hält Greta Kuckhoff die Ostmark gegen alle Vabanque-Spielchen Ulbrichts fest im Zaum. Daß ihr Wert noch immer nur ein Viertel der D-Mark der Bundesrepublik beträgt, ist nicht ihre Sache. Dafür zeichnet die Wirtschaftspolitik der SED-Regierung verantwortlich. Aber Greta Kuckhoff bewahrt das morsche Staatsgefüge der „DDR“ vor der Inflation, und außerdem scheint sie die einzige zu sein, die bisher in jeder Lage den finanziellen Überblick behalten hat.

Das aber ist auch für die Sowjets wichtig, die solche Fachkraft — noch dazu mit Antifa-Meriten — nur zu gern stützen. Denn auch der Sowjetstaat lebt mit aus dem Staatsäckel der „DDR“, und wie man weiß, nicht einmal schlecht...

„Geheimnisse“ um KPD-Parteitag Ostberliner Funktionärstagung „interessant gemacht“

In der Zonenpresse erschien letzten Sonntag ein sogenanntes „Kommuniqué über den Parteitag der KPD 1957“. Darin hieß es, an einem nicht genannten Ort habe „in diesen Tagen“ ein Parteitag der Kommunistischen Partei Westdeutschlands stattgefunden, wobei Max Reimann zum Ersten KPD-Sekretär wiedergewählt und ein neues Zentralkomitee gebildet worden sei. Das „Neue Deutschland“ ging mit dieser Geheimnistuerei so weit, daß es die illegale KP-Zeitung „Freies Volk“ als Informationsquelle benannte. Was aber ist das für eine Veranstaltung gewesen, bei der weder der Ort noch die Teilnehmer genannt werden dürfen und von der das offizielle SED-Organ angeblich erst durch ein illegales KP-Blättchen erfährt?

Es war der Wunsch Ulbrichts, diese unbedeutende Funktionärstagung „so interessant wie möglich“ zu machen. Dem naiven Leser sollte es scheinen, als habe eine große Partei in absoluter Illegalität irgendwo in der Bundesrepublik einen Parteitag durchgeführt, und die Konspirative erfordere es, daß niemand Namen und nähere Angaben zitiert.

Ulbrichts Grabrede

Tatsächlich hat dieser „Parteitag“ am 8. und 9. Juni in Ostberlin stattgefunden, versammelt waren alle prominenten KP-Emigranten sowie die Westexperten des SED-Zentralkomitees. Und das SED-Zentralorgan hat die Veranstaltung allein deshalb schwerlich erst aus dem „Freien Volk“ erfahren, weil dieses KP-Blatt aus dem gleichen Hause wie das „Neue Deutschland“ seine Druckmatern bezieht.

Ferner hat SED - Sekretär Ulbricht auf diesem Parteitag eine Rede gehalten, die von allen Teilnehmern als Grabrede auf die KPD gewertet wurde. Ulbricht sagte nämlich, die KPD dürfe in dieser Phase der politischen Entwicklung keine eigenständige Westpolitik betreiben, sondern müsse vielmehr die Beschlüsse und Erklärungen der Zonenregierung unter den westdeutschen Menschen zu interpretieren suchen. Das heißt mit anderen Worten: Die KPD, die gerade nach diesem jetzt durchexerzierten Parteitag mit vollen Segeln in eine westdeutsche Wahlkampagne einsteigen wollte, um Störfeuer zu legen, wird zurückgepöffen, denn — das Störfeuer legt die SED! Ulbricht befürchtet anscheinend, die KPD könne bei dieser Gelegenheit einige Extra-

touren reiten und die im Ostberliner Glashaus sitzenden KP-Emigranten könnten dabei an der falschen Stelle mit Steinen werfen. Hat doch beispielsweise Max Reimann im letzten Herbst voreilig erklärt, die SED werde alle politischen Häftlinge freilassen, wenn die Bundesregierung die im Hochverratsverfahren verurteilten Kommunisten auf freien Fuß setze. Diese Erklärung hat Reimann den besonderen Zorn Ulbrichts zugezogen, und seither unterliegen

KP praktisch aufgelöst

Ulbricht hat aber noch etwas mehr zu diesem „Parteitag“ beigetragen. Er ließ das Zentralkomitee durch eine Reihe führender SED-Funktionäre aus dem Westapparat erweitern, die früher einmal — vielfach sogar noch in den Jahren 1945/46 — als KP-Funktionäre im Westen tätig waren. Diese Leute haben seit vielen Jahren organisatorisch nichts mehr mit der KPD zu tun, sie leiten vielmehr die illegale Westarbeit des SED-Zentralkomitees. Mit jedem von ihnen, der jetzt in das ZK der KPD „kooptiert“ werden muß, schwindet der Einfluß der „Gruppe Reimann“, die heute schon nicht mehr weiß, über wieviel Mitglieder sie im Westen eigentlich verfügt.

Die Westabteilungen der SED und der sowjetzonalen Organisationen haben alles an sich gezogen, haben sich auf Kosten der kommunistischen Kaderpolitik im Westen überall sogenannte „V-Personen“ — politische Agenten — geschaffen, und diesen Personen verboten, mit ihrer alten KP-Zentrale wieder Kontakt aufzunehmen. Reimann selbst beklagte sich kürzlich einem Journalisten

SSD, herhören!

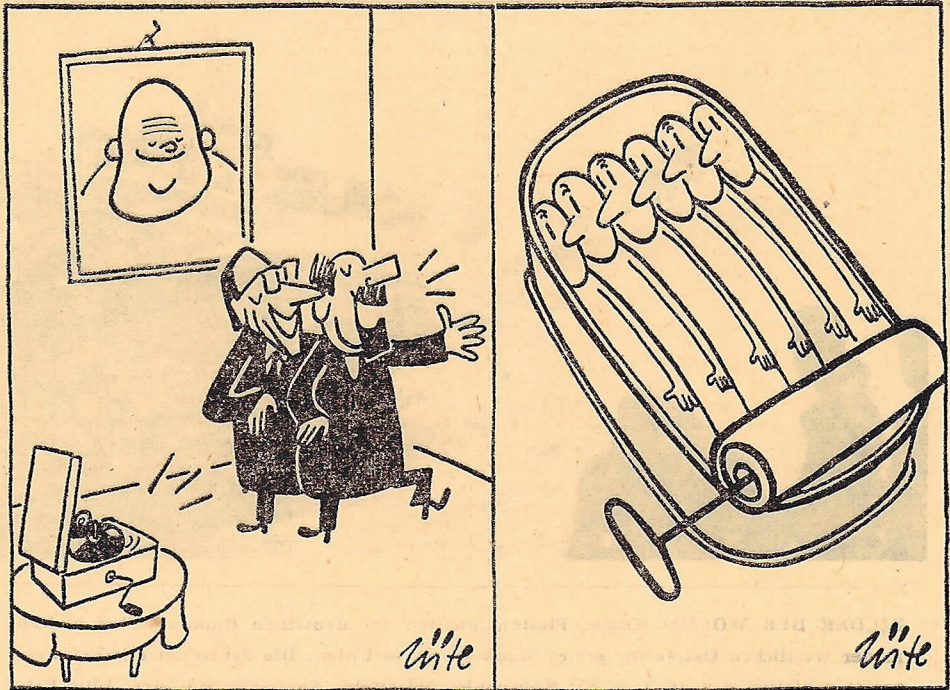
Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

alle Äußerungen der KP-Emigranten einer strengen politischen Vorzensur.

gegenüber bitter über die Begegnung mit einem alten Genossen aus Düsseldorf, den er in einem Ostberliner Café freudestrahlend begrüßen wollte. Dieser aber wandte sich brüsk ab und gestand Reimann erst zwei Tage später bei einem zweiten zufälligen Zusammentreffen, daß ihm die SED-Westkommission jede Verbindungsaufnahme mit Reimann „aus Gründen der Konspirative“ untersagt habe.

Reimann hat sich vor fünf Wochen in Moskau bitter über solche Dinge beklagt. Offenkundig hat es nichts genutzt, denn seinen Mitgenossen geht es seither im Ostberliner Exil um so schlechter. So wie die Dinge liegen, wäre es Reimann lieb gewesen, der ehrgeliebte Fritz Rische oder Jupp Ledwohn wären an seine Stelle getreten. Ulbricht aber denkt nicht daran, den ihm persönlich befeindeten Reimann durch einen Rücktritt zu entlasten. Und der Stalinist Reimann hat viel zuviel Respekt vor Ulbricht, um dessen KP-Politik zu stören. So gesehen, dürfte der Ostberliner Schatten-Parteitag weniger Sensationen bieten...



„Aber der Chruschtschow läßt uns nicht verkommen...“

Im Strandbad an heißen Tagen

Ein Tag wie kein anderer

Fortsetzung von Seite 2

sicherheit friedlich-konstruktiv zu nutzen.

Die Gefahr grell beleuchtet

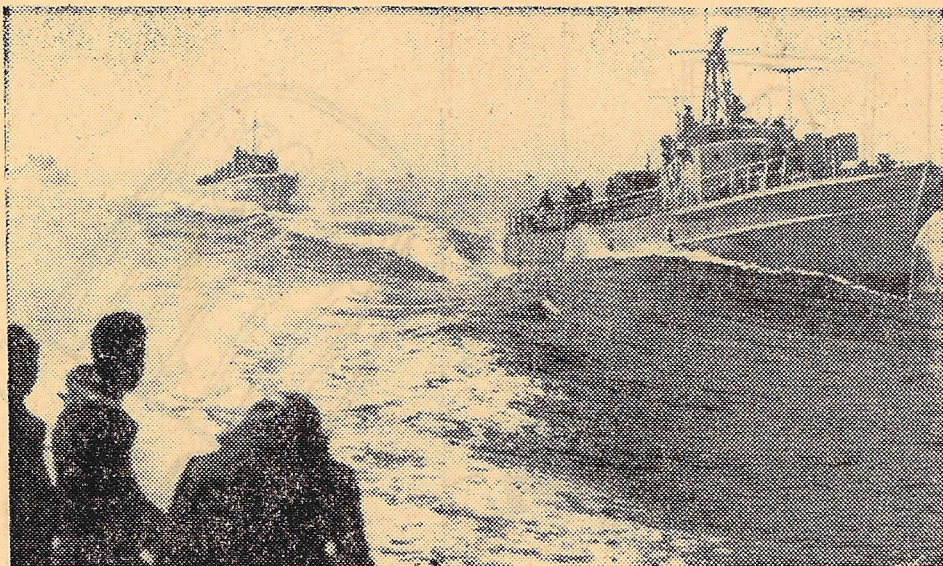
Ein anderer politischer Gewinn aus dem 17. Juni 1953 und den weiteren Erhebungen gegen kommunistische Gewalt liegt in der grellen Beleuchtung der Gefahr, die dem Frieden aus der sowjetischen Unterdrückungspolitik droht. In Mitteldeutschland, in Polen und Ungarn herrscht wieder äußere Ruhe — wie vor den Aufständen auch. Ruhe und Frieden sind jedoch nicht dasselbe. Gerade die urplötzlichen Wiederholungen des 17. Juni 1953 in Posen und Budapest beweisen die unter der Oberfläche schwellende Gefahr. Damit hat insbesondere die deutsche Politik einen wertvollen und vielleicht den wirksamsten Einsatz für die Wiedervereinigung in der internationalen Politik gewonnen. Jedes

Volk läßt sich zuerst von seinen eigenen Interessen leiten. Am Frieden aber sind alle interessiert. Und die deutsche Politik kann mit tiefster Überzeugung darauf hinweisen, daß in unserem geteilten Lande die größte Gefahr für den Frieden besteht. Wir drohen nicht — kein Deutscher will seine Landsleute den sowjetischen Panzern entgegentreiben. Aber hier geht es nicht darum, ob man die Gefahr bannt oder hervorruft, wenn man sie beschwört. Hier geht es um die Tatsache, daß die Gefahr besteht. Nichts ändert sich an ihr, wenn wir sie mit Stillschweigen bedecken.

Aus dieser Gefahr gibt es nur den einen friedlichen Ausweg, daß die Sowjets endlich mit ihren vielverkündeten Grundsätzen der Nichteinmischung und Selbstbestimmung in Deutschland Ernst machen. Es scheint,

daß sie dafür trotz der starren Reden Chruschtschows doch ein Empfinden haben. Gelegentlich gibt es aus sowjetischem Munde Bemerkungen, die das einstweilige Festhalten an Pankow mehr als eine Frage des Moskauer Prestiges und weniger als eine unabdingbare sachliche Haltung gedeutet haben wollen. Das muß nicht, doch es kann ernstgemeint sein. Das Prestigeargument an sich ist schon ein Zeichen, daß das Denken der Sowjets in bezug auf ihre Deutschlandpolitik in Bewegung ist.

Die politischen Entschlüsse zumal der Großmächte haben viele Wurzeln. Vieles wird noch zusammenkommen müssen, um die Sowjets auf den Weg zur deutschen Wiedervereinigung zu bringen. Aber das eine ist sicher: keinen stärkeren Anstoß konnte die Welt in dieser Richtung bekommen als jenen spontanen, in 24 Stunden die ganze Zone erfassenden Aufstand vor vier Jahren.



BILDER DER WOCHE. Oben: Flotteneinheiten der deutschen Bundesmarine hielten in der westlichen Ostsee ihr erstes Manöver ab. — Unten: Die deutschen Filmkritikerpreise erhielten u. a. (v. l. n. r.): Komponist Majewski, Regisseur Käutner, Lilli Palmer und Fritz Tillmanns

